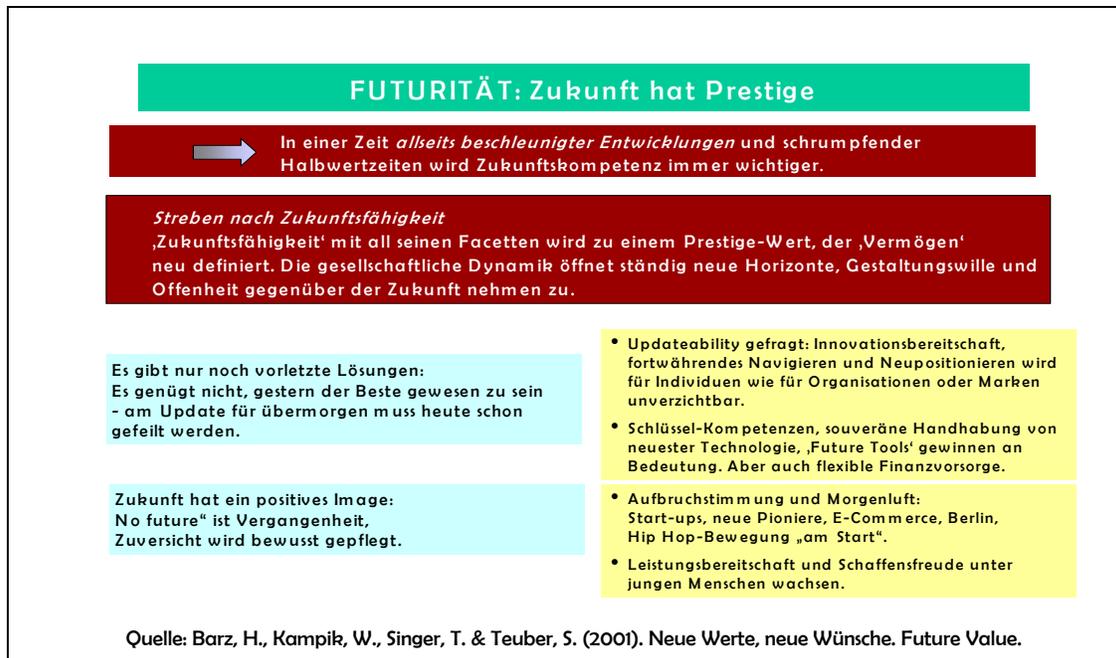


VISIONEN DER (ZIVIL)GESELLSCHAFT

Heiner Keupp

Vortrag bei der Tagung „Kultur und aktive Bürgergesellschaft“ der Evangelischen Akademie Tutzing
am 23. Februar 2007

Seit uns Jürgen Habermas die Diagnose beschert hat, dass uns die „utopischen Energien“ ausgegangen seien, ist es um die Zukunftsforschung ziemlich still geworden oder sie hatte ihr Pulver schon längst verschossen und Habermas hat es dann nur noch mal bestätigt. Visionen werden zwar in allen Firmen seit einiger Zeit propagiert, aber es scheint mir dort eine ähnliche Situation gegeben zu sein, wie sie Theodor Adorno in Bezug auf das Individuum so eingängig beschrieben hat: „Vom Ende des Individuums zur Individualisierung ohne Ende“. Vom Ende der Visionen zu einer zwanghaften Kultur der Visionen, die ja meist über ein paar Allgemeinplätze nicht hinausreichen. Wo also soll ich Anknüpfungspunkte für meine Themenstellung finden? Da finde es erstmal hilfreich, dass wir so etwas wie eine „Trendforschung“ haben, die sich - für gutes Geld - nicht scheut, ihren Blick auf hoffnungsvolle Zukunftsmärkte zu richten. Unter dem Titel „Future Values“ gibt es etwa eine Publikation von Heiner Barz und einem Team des Heidelberger Instituts GIM. In diesem Buch wird u.a. mit der „Futurität“ eine Schlüsselqualifikation für das begonnene Jahrhundert die „Zukunftskompetenz“ als „überlebensnotwendig“ eingeführt und so charakterisiert: „Innovationsbereitschaft und ein fortwährendes Navigieren und Neupositionieren wird für Individuen wie Organisationen, für das Selbstmanagement wie das Produktmarketing unverzichtbar“ (ebd., S. 24). Und wer es noch nicht mitbekommen hat, dem sei es ausdrücklich versichert: Es geht um die Überlebensnotwendigkeit, wenn es um „den Besitz von ‚Future Tools‘ als Accessoires eines zukunftsorientierten Lebensstils“ geht und der immer neue Beweis der eigenen ‚Updatability‘ gewinnen an Bedeutung“ (ebd.). Ist das eine Vision oder beschreibt es erst einmal nur den Zeitgeist der Multioptionsgesellschaft, mehr Ideologie als gelebte Realität?



Wie wir spätestens seit Wittgenstein wissen, transportieren wir mit unseren Sprachspielen mehr als nur Wörter, wir konstruieren immer auch Weltbilder, also Bilder unserer Welt. Und ich bin mir relativ sicher, dass es mir zwar um Zukunftskompetenz geht, aber nicht nur in der Reproduktion des „Trendigen“, sondern auch in der Entwicklung von Widerständigkeit und Eigensinnigkeit. Für den Erwerb von Zukunftsfähigkeit ist die Analyse von gesellschaftlichen Trends zwar wichtig, aber nicht um an ihrer kräuselnden Oberfläche zu besonders fitten Schnäppchenjägern zu werden, sondern vielleicht sogar, um genau bei ihnen nicht mitzumachen oder sie listig umzugestalten. Um dieser Differenz willen, muss unsere Suche nach Utopia fortgesetzt werden. Ist die Idee der „Zivilgesellschaft“ eine inspirierende Vision? Diese Frage möchte ich gerne beantworten, aber dazu muss erst einmal ein Blick auf die gesellschaftlichen Entwicklungen geworfen werden, um dann fragen und antworten zu können, ob die Idee der Zivilgesellschaft hier eine zukunftsfähige Gestaltungsidee sein könnte.

SPÄTMODERNE GESELLSCHAFTLICHE VERHÄLTNISS

An den aktuellen Gesellschaftsdiagnosen hätte Heraklit seine Freude, der ja alles im Fließen sah. Heute wird uns ein „fluide Gesellschaft“ oder die „liquid modernity“ (Bauman 2000) zur Kenntnis gebracht, in der alles Statisches und Stabiles zu verabschieden ist.



In Berlin hat Jürgen Habermas am 5. Juni 1998 dem Kanzlerkandidaten der SPD im Kulturforum von dessen Partei eine großartige Gegenwartsdiagnose geliefert. Aus ihr will ich nur seine Diagnose eines „Formenwandels sozialer Integration“ aufgreifen, der in Folge einer „postnationalen Konstellation“ entsteht: „Die Ausweitung von Netzwerken des Waren-, Geld-, Personen- und Nachrichtenverkehrs fördert eine Mobilität, von der eine sprengende Kraft ausgeht“ (1998, S. 126). Diese Entwicklung fördert eine „zweideutige Erfahrung“: „die Desintegration haltgebender, im Rückblick autoritärer Abhängigkeiten, die Freisetzung aus gleichermaßen orientierenden und schützenden wie präjudizierenden und gefangen nehmenden Verhältnissen. Kurzum, die Entbindung aus einer stärker integrierten Lebenswelt entlässt die Einzelnen in die Ambivalenz wachsender Optionsspielräume. Sie öffnet ihnen die Augen und erhöht zugleich das Risiko, Fehler zu machen. Aber es sind dann wenigstens die eigenen Fehler, aus denen sie etwas lernen können“ (ebd., S. 126f.).

Der mächtige neue Kapitalismus, der die Containergestalt des Nationalstaates demonstriert hat, greift unmittelbar auch in die Lebensgestaltung der Subjekte ein. Auch die biographischen Ordnungsmuster erfahren eine reale Dekonstruktion. Am deutlichsten wird das in Erfahrungen der Arbeitswelt.

Einer von drei Beschäftigten in den USA hat mit seiner gegenwärtigen Beschäftigung weniger als ein Jahr in seiner aktuellen Firma verbracht. Zwei von drei Beschäftigten sind in ihren aktuellen Jobs weniger als fünf Jahre. Vor 20 Jahren waren in Großbritannien 80% der beruflichen Tätigkeiten vom Typus der 40 zu 40 (eine 40-Stunden-Woche über 40 Berufsjahre hinweg). Heute gehören gerade noch einmal 30% zu diesem Typus und ihr Anteil geht weiter zurück.

Kenneth J. Gergen sieht ohne erkennbare Trauer durch die neue Arbeitswelt den „Tod des Selbst“, jedenfalls jenes Selbst, das sich der heute allüberall geforderten „Plastizität“ nicht zu fügen vermag. Er sagt: „Es gibt wenig Bedarf für das innengeleitete, ‘one-style-for-all’ Individuum. Solch eine Person ist beschränkt, engstirnig, unflexibel. (...) Wie feiern jetzt das proteische Sein (...) Man muss in Bewegung sein, das Netzwerk ist riesig, die Verpflichtungen sind viele, Erwartungen sind endlos, Optionen allüberall und die Zeit ist eine knappe Ware“ (2000, S. 104).

In seinem viel beachteten Buch „Der flexible Mensch“ liefert Richard Sennett (1998) eine weniger positiv gestimmte Analyse der gegenwärtigen Veränderungen in der Arbeitswelt. Der „Neue Kapitalismus“ überschreitet alle Grenzen, demontiert institutionelle Strukturen, in denen sich für die Beschäftigten Berechenbarkeit, Arbeitsplatzsicherheit und Berufserfahrung sedimentieren konnten. An ihre Stelle tritt ist die Erfahrung einer (1) „*Drift*“ getreten: Von einer „langfristigen Ordnung“ zu einem „neuen Regime kurzfristiger Zeit“ (S. 26). Und die Frage stellt sich in diesem Zusammenhang, wie sich dann überhaupt noch Identifikationen, Loyalitäten und Verpflichtungen auf bestimmte Ziele entstehen sollen. Die fortschreitende (2) *Deregulierung*: Anstelle fester institutioneller Muster treten netzwerkartige Strukturen. Der flexible Kapitalismus baut Strukturen ab, die auf Langfristigkeit und Dauer angelegt sind. "Netzwerkartige Strukturen sind weniger schwerfällig". An Bedeutung gewinnt die "Stärke schwacher Bindungen", womit gemeint ist zum einen, "dass flüchtige Formen von Gemeinsamkeit den Menschen nützlicher seien als langfristige Verbindungen, zum anderen, dass starke soziale Bindungen wie Loyalität ihre Bedeutung verloren hätten" (S. 28). Die permanent geforderte Flexibilität entzieht (3) „festen Charaktereigenschaften“ den Boden und erfordert von den Subjekten die Bereitschaft zum „Vermeiden langfristiger Bindungen“ und zur „Hinnahme von Fragmentierung“. Diesem Prozess geht nach Sennett immer mehr ein begreifbarer Zusammenhang verloren. Die Subjekte erfahren das als (4) *Deutungsverlust*: „Im flexiblen Regime ist das, was zu tun ist, *unlesbar* geworden“ (S. 81). So entsteht der Menschentyp des (5) flexiblen Menschen, der sich permanent fit hält für die Anpassung

an neue Marktentwicklungen, der sich zu sehr an Ort und Zeit bindet, um immer neue Gelegenheiten nutzen zu können. Lebenskohärenz ist auf dieser Basis kaum mehr zu gewinnen. Sennett hat erhebliche Zweifel, ob der flexible Mensch menschenmöglich ist. Zumindest kann er sich nicht verorten und binden. Die wachsende (6) *Gemeinschaftssehnsucht* interpretiert er als regressive Bewegung, eine „Mauer gegen eine feindliche Wirtschaftsordnung“ hochzuziehen (S. 190). „Eine der unbeabsichtigten Folgen des modernen Kapitalismus ist die Stärkung des Ortes, die Sehnsucht der Menschen nach Verwurzelung in einer Gemeinde. All die emotionalen Bedingungen modernen Arbeitens beleben und verstärken diese Sehnsucht: die Ungewissheiten der Flexibilität; das Fehlen von Vertrauen und Verpflichtung; die Oberflächlichkeit des Teamworks; und vor allem die allgegenwärtige Drohung, ins Nichts zu fallen, nichts 'aus sich machen zu können', das Scheitern daran, durch Arbeit eine Identität zu erlangen. All diese Bedingungen treiben die Menschen dazu, woanders nach Bindung und Tiefe zu suchen“ (S. 189 f.).

Im Rahmen dieses Deutungsrahmens räumt Sennett dem „Scheitern“ oder der mangelnden kommunikativen Bearbeitung des Scheiterns eine zentrale Bedeutung ein: „Das *Scheitern* ist das große Tabu (...) Das Scheitern ist nicht länger nur eine Aussicht der sehr Armen und Unterprivilegierten; es ist zu einem häufigen Phänomen im Leben auch der Mittelschicht geworden“ (S. 159). Dieses Scheitern wird oft nicht verstanden und mit Opfermythen oder mit Feindbildkonstruktionen beantwortet. Aus der Sicht von Sennett kann es nur bewältigt werden, wenn es den Subjekten gelingt, das Gefühl ziellosen inneren Dahintreibens, also die „drift“ zu überwinden. Für wenig geeignet hält er die postmodernen Erzählungen. Er zitiert Salman Rushdie als Patchworkpropheten, für den das moderne Ich „ein schwankendes Bauwerk ist, das wir aus Fetzen, Dogmen, Kindheitsverletzungen, Zeitungsartikeln, Zufallsbemerkungen, alten Filmen, kleinen Siegen, Menschen, die wir hassen, und Menschen, die wir lieben, zusammensetzen“ (S. 181). Solche Narrationen stellen ideologische Reflexe und kein kritisches Begreifen dar, sie spiegeln „die Erfahrung der Zeit in der modernen Politökonomie“: „Ein nachgiebiges Ich, eine Collage aus Fragmenten, die sich ständig wandelt, sich immer neuen Erfahrungen öffnet - das sind die psychologischen Bedingungen, die der kurzfristigen, ungesicherten Arbeitserfahrung, flexiblen Institutionen, ständigen Risiken entsprechen“ (S. 182). Für Sennett befindet sich eine so bestimmte „Psyche in einem Zustand endlosen Werdens - ein Selbst, das sich nie vollendet“ und für ihn folgt daraus, dass es „unter diesen Umständen keine zusammenhängende Lebensgeschichte geben (kann), keinen klärenden Moment, der das ganze erleuchtet“ (ebd.). Daraus folgt dann auch eine heftige Kritik an postmodernen Narrationen: „Aber wenn man glaubt, dass die ganze Lebensge-

schichte nur aus einer willkürlichen Sammlung von Fragmenten besteht, lässt das wenig Möglichkeiten, das plötzliche Scheitern einer Karriere zu verstehen. Und es bleibt kein Spielraum dafür, die Schwere und den Schmerz des Scheiterns zu ermessen, wenn Scheitern nur ein weiterer Zufall ist“ (ebd.).

Wie wir sehen, ist der flexible Netzwerkkapitalismus kein strukturelles Arrangement, das sich lediglich auf der ökonomischen und makrogesellschaftlichen Ebene auswirkt. Einer der wichtigsten Globalisierungstheoretiker, Anthony Giddens, hat in seinem Buch „Entfesselte Welt. Wie die Globalisierung unser Leben verändert“ geschrieben: „Die wichtigste der gegenwärtigen globalen Veränderungen betrifft unser Privatleben – Sexualität, Beziehungen, Ehe und Familie. Unsere Einstellungen zu uns selbst und zu der Art und Weise, wie wir Bindungen und Beziehungen mit anderen gestalten, unterliegt überall auf der Welt einer revolutionären Umwälzung. (...) In mancher Hinsicht sind die Veränderungen in diesem Bereich komplizierter und beunruhigender als auf allen anderen Gebieten. (...) Doch dem Strudel der Veränderungen, die unser innerstes Gefühlsleben betreffen, können wir uns nicht entziehen“ (S. 69).

Sie werden sich fragen, wie jetzt der Sozialpsychologie aus seiner vertrauten Domäne, den subjektiven Erlebnislagen, den Bogen zur Zivilgesellschaft hinbekommen will. Da hilft mir ein großer französischer Soziologe. In seinem ZEIT-Artikel „Loblied auf die Zivilgesellschaft“ zeigt Alain Touraine (1999), dass ein richtig verstandenes Konzept von Zivilgesellschaft eine hohe Relevanz für die Subjekte haben kann. Er stellt sich die Frage, wie Subjekte sich heute selbstbestimmt definieren sollen: „Wie aber kann es in dieser Situation gelingen, die Einheit der Vernunft und die Integration der Welt mit der Verschiedenartigkeit der Kulturen zu versöhnen? Auf ein transzendentes Prinzip können wir jedenfalls nicht mehr zurückgreifen. Nur dem Einzelnen kann eine solche Neugestaltung gelingen. Er muss der Zersplitterung seiner Persönlichkeit ebenso widerstehen wie der Fragmentierung der Gesellschaft; er muss seinem Leben einen Sinn geben, ein life narrative, um sich so einen Lebensentwurf zu schaffen, in dem er sich als Subjekt seiner eigenen Erfahrungen erkennt.“ Genau darin sieht er die Aufgabe einer demokratischen Zivilgesellschaft. Sie soll „das Recht des Einzelnen institutionell zu garantieren, sich als Subjekt, mit einer eigenen Lebenserzählung, zu begründen und anerkannt zu werden.“ Diese zivilgesellschaftliche Idee „orientiert am Subjekt und seiner Lebenserfahrung, wendet sich grundsätzlich ‚nach unten‘“. Hier klingt eine visionäre Botschaft an, allerdings noch nicht so klar, dass wir hier schon die Analyse abschließen könnten.

WAS IST EINE ZIVILGESELLSCHAFT? ERSTE ANNÄHERUNGEN

Der Begriff der Zivilgesellschaft ist in aller Munde, ohne dadurch an Präzision zu gewinnen. Was wollen wir darunter verstehen? Keine präzise wissenschaftliche Definition, aber doch eine wichtige Sammlung von Bestimmungsmerkmalen einer Bürgergesellschaft hat Timothy Garton Ash in seinem Buch „Ein Jahrhundert wird abgewählt“ (1990) vorgelegt. Er hat sie aus den Wünschen der Ostmitteleuropäer herausdestilliert, die sich vor 10 Jahren anschickten, ihre eigene Bürgergesellschaft zu schaffen: „Es soll Formen der Assoziation geben, nationale, regionale, lokale, berufliche, die freiwillig, authentisch, demokratisch und, zuerst und zuletzt, nicht kontrolliert oder manipuliert sind von der Partei oder ihrem Staat. Menschen sollen 'bürgerlich' sein in ihrem Verhalten; das heißt höflich, tolerant und vor allem gewaltlos. Bürgerlich und zivil. Die Idee der Bürgerrechte ist ernst zu nehmen“ (zit. nach Dahrendorf 1992, S. 68f.).

Das Wort Bürgergesellschaft „klingt wie ein Versprechen: Engagement statt Apathie, Gemeinwohl statt Eigennutz, Solidarität statt Macht. Überhaupt ein Zugang zur Politik, der sich eher an Werten als an Interessen, an Menschen statt an Strukturen orientiert. In diesem Sinne ist 'Bürgergesellschaft' ein Sympathiebegriff geworden“ (Tilman Evers 1999).

Als Grundprinzipien demokratischer Zivilgesellschaften formuliert Taylor (1993) die drei folgenden:

(1) *Solidarität* ist unteilbar und insofern ein einheitsstiftender Wert. Die Gesellschaftsmitglieder definieren sich als "Beteiligte am gemeinsamen Unternehmen der Wahrung ihrer Bürgerrechte". Der Antrieb dafür "kann nur aus einem Gefühl von Solidarität kommen, das die allgemeine Verpflichtung zur Demokratie übersteigt und mich mit jenen anderen, meinen Mitbürgern, verbindet" (Taylor 1993, S. 14).

(2) *Partizipation* ist die zweite Grundbedingung für Demokratie. Wichtig sind hier soziale "Bewegungen, in den sich Bürger selbst organisieren, um auf den politischen Prozess einzuwirken. (...) Diese Bewegungen erzeugen einen Sinn für zivile Macht, ein Gemeinschaftsgefühl bei der Verfolgung von Zielen" (a.a.O., S. 16). Taylor plädiert für eine "weitgespannte Vielfalt von Formen direkter Partizipation" und für die Schaffung de-

zentraler politischer Einheiten, die "eine Beziehung zu lebendigen Identifikationsgemeinschaften haben (müssen)" (a.a.O., S. 17).

(3) *Sinn für gegenseitigen Respekt* ist die dritte zentrale Bedingung. "Ohne diesen Respekt bliebe es unverständlich, warum das Gemeinwesen die Bürgerrechte gemeinschaftlich verteidigt. Wenn auch nur eine regional, ethnisch, sprachlich oder wie immer bestimmte Gruppe von Bürgern Anlass zu der Annahme hat, dass ihre Interessen übergangen werden oder dass sie diskriminiert wird, ist die Demokratie in Frage gestellt." Besonders die Erfahrungen sozialer Ungleichheit bedrohen die demokratischen Grundwerte und deshalb kommt den "Einrichtungen des Wohlfahrtsstaates" eine so zentrale Bedeutung zu: "Er hat entscheidend dazu beigetragen, dass die Bürger sich gegenseitig eine gewisse Achtung bezeugen" (S. 18).

Für mich ist das ein zentraler Bezugspunkt für eine zivilgesellschaftliche Vision, aber er muss eingebettet werden in eine vielstimmige Diskursarena, die den Bedeutungshof des Konzepts Zivilgesellschaft nicht gerade präzise erscheinen lassen.

ZIVILGESELLSCHAFT ALS ZENTRALBEGRIFF DER ENQUETE „ZUKUNFT DES BÜRGERSCHAFTLICHEN ENGAGEMENTS“

Es gibt wahrscheinlich keine Quelle, die so ergiebig zum Stichwort Zivilgesellschaft Auskunft gibt wie der Bericht der Enquetekommission (2002) „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements. Auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft“. Genau 308 Belegstellen kann man dort finden. Und darunter auch einige sehr brauchbare Begriffsbestimmungen: „Bürgerschaftliches Engagement orientiert sich daher auch am Begriff der Bürgergesellschaft bzw. Zivilgesellschaft. Die Bürgergesellschaft ist das Leitbild des bürgerschaftlichen Engagements. Bürgergesellschaft beschreibt ein Gemeinwesen, in dem die Bürgerinnen und Bürger auf der Basis gesicherter Grundrechte und im Rahmen einer politisch verfassten Demokratie durch das Engagement in selbstorganisierten Vereinigungen und durch die Nutzung von Beteiligungsmöglichkeiten die Geschicke des Gemeinwesens wesentlich prägen können. Bürgergesellschaft ist damit zugleich Zustandsbeschreibung und Programm“ (S. 24). „Eine Gesellschaft, die der Leitidee der Zivilgesellschaft verpflichtet ist, stützt sich auf bürgerschaftliches Engagement und eröffnet Bürgerinnen und Bürgern Möglichkeiten für selbst organisierte Mitgestaltung und Beteiligung“ (S. 38).

„Die Zivilgesellschaft ist der Nährboden der Demokratie. Sie lebt von bürgerschaftlichem Engagement, vom freiwilligen, gemeinwohlorientierten und unentgeltlichen Einsatz, den Bürgerinnen und Bürger tagaus, tagein leisten: in Vereinen, Verbänden und Gewerkschaften, im politischen Engagement in Parteien, Bürgerinitiativen, sozialen Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen, aber auch in Nachbarschaftsinitiativen, bei der Freiwilligen Feuerwehr oder den Rettungsdiensten, bei Umweltinitiativen oder Naturschutzprojekten, bei der Betreuung von Alten und Kranken, in der Hospizbewegung, in Selbsthilfegruppen oder Kulturprojekten. Mit diesen vielfältigen Aktivitäten in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens erneuern die Bürgerinnen und Bürger Tag für Tag die Bindekräfte unserer Gesellschaft. Sie sind der soziale Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält. Sie schaffen eine Atmosphäre der Solidarität, der Zugehörigkeit und des gegenseitigen Vertrauens. Die Zivilgesellschaft stärkt die Vertrauensbeziehungen und die demokratischen Werte – Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität –, ohne die eine demokratische Gesellschaft verkümmern würde“ (S. 59).

Aber in der Enquete kommt auch eine kritische Perspektive zu Wort, eingebracht durch die SPD-VertreterInnen in der Kommission: „Wenn man von der Stärkung der Zivilgesellschaft, einer höheren Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger oder von der Umgestaltung des Sozialstaats spricht, liegt oft als der Verdacht nahe, hier wolle sich der Staat aus seiner sozialen Verantwortung stehlen. Bürgerengagement, so die Kritik, ist dann nur eine hübsche Verpackung, die den hässlichen Inhalt kaschieren soll: Einsparungen, Privatisierung, soziale Leistungen nur noch für diejenigen, die es sich leisten können. Aber Eigeninitiative aus Not kann keine soziale Gerechtigkeit für alle schaffen. Das neoliberale Programm, die Zivilgesellschaft dort zum Ausfallbürgen zu machen, wo staatliche Aufgaben nicht an private Anbieter delegiert werden können, geht nicht auf: Bürgerengagement braucht Förderung und Infrastruktur, die nur der Staat leisten kann; und Bürgerinnen und Bürger setzen sich engagierter für das Gemeinwesen ein, wenn sie sich auf ein funktionierendes soziales Netz verlassen können“ (S. 60).

EIN VIELSTIMMIGER CHOR IN DER DISKURSARENA ZIVILGESELLSCHAFT

Nach diesen vielfältigen begrifflichen Annäherungsversuchen an den mehrdeutigen Begriff Zivil- oder Bürgergesellschaft ist es Zeit für einen Ordnungsversuch:

1. *Zivilgesellschaft als die Suche nach der idealen Polis.* Bei Aristoteles bildete die Idee der Zivilgesellschaft das Herzstück eines „aristokratischen Republikanismus, der auf tugendhafte, männliche und freie Bürger setzt, die über genügend Eigentum verfügen, um sich um die politischen, also öffentlichen Belange zu kümmern“ (Adloff 2005, S. 18). Die Polis, die Bürgergemeinde, wird verstanden als „eine Gemeinschaft von Bürgern, die sich zum Zwecke des ‚guten‘, das heißt des tugendhaften und glücklichen Lebens zusammenschließen“ (ebd., S. 18).
2. *Zivilgesellschaft als Emanzipationsprojekt des aufgeklärten Bürgertums.* Die entstehende kapitalistische Gesellschaft rüttelte an den Fesseln einer aristokratischen Herrschaftsform und hat die Emanzipation des Bürgers gebracht. Er befreit sich von einer Ordnung, die nicht mehr vernünftig begründbar war und Vernunft wurde zur Schlüsselkategorie der Aufklärung. Vor allem Frankreich hat die wichtige Unterscheidung von citoyen und bourgeois gebracht, die die deutsche Sprache nicht erlaubt
3. *Zivilgesellschaft als entfaltete kapitalistische Gesellschaft.* In dem Maße wie der Bürger sich als Wirtschaftssubjekt verstand, bekam der Begriff der Bürgergesellschaft den Bedeutungshof „bürgerliche Gesellschaft“, der sich für die marxistisch inspirierte Gesellschaftskritik zunehmend als das erwies, was es zu überwinden galt, eine Gesellschaft, die den Menschen Entfremdung aufzwingt und eine destruktive Dynamik entfaltet, die nur durch eine revolutionäre Umwälzung der kapitalistischen ökonomischen Ordnung aufgehoben werden können oder zumindest – so die eher sozialdemokratische Perspektive – durch einen den Markt regulierenden und Wohlfahrtsleistungen für die Mehrheit der Bevölkerungen garantierenden Staat. Zivilgesellschaft in diesem Sinne galt als zu bezähmende gesellschaftliche Zerstörungskraft.
4. *Zivilgesellschaft als dritte Kraft neben Staat und Markt.* In der entfalteten kapitalistischen und staatlich regulierten Gesellschaft gibt es die Sphäre von Bürgerinnen und Bürgern selbst gestalteter sozialer Figurationen, die über den engen privaten Bereich hinaus reichen und vor allem auf den Prinzipien der Freiwilligkeit und Selbstorganisation beruhen. Sie erfahren eine mehrdimensionale Funktionsbeschreibung: Sie werden als „Seele der Demokratie“ und als Ressource der Wohlfahrtsproduktion betrachtet.
5. *Zivilgesellschaft als „Wurzelwerk“ von sozialer Verortung.* Je stärker die gesellschaftlichen Veränderungsdynamiken der Globalisierung und Digitalisierung traditionelle Lebensformen auflösen, desto mehr wird über das soziale „Unterfutter“ nachgedacht, das Gemeinschaft, Zugehörigkeit und Beheimatung ermöglicht.

Die Zivilgesellschaft wird als „Produktionsort“ posttraditionaler Ligaturen betrachtet, der „soziales Kapital“ erzeugt. An dieser Frage setzt der Kommunitarismus an.

6. *Zivilgesellschaft als normatives Regulativ.* Die freie Assoziation von Bürgerinnen und Bürgern jenseits der Marktgesetze und staatlicher Verhaltenskontrollen bedarf der Einhaltung der Menschen- und Bürgerrechte und ebenso des Schutzes der Meinungs-, Presse- und Vereinigungsfreiheit. Hinzu kommt die Betonung *zivil*er Umgangsformen wie Zivilcourage, Toleranz, Gewaltfreiheit und eine Idee von Gemeinsinn.
7. *Zivilgesellschaft als utopisches Projekt.* Nicht zuletzt die sozialen Bewegungen der letzten Jahrzehnte des vergangenen Jahrhunderts haben sich als Motor einer umfassenden Demokratisierung und als Experimentierbaustellen für zukunftsfähige gesellschaftliche Lösungen betrachtet, die weder dem Staat noch dem Markt zugetraut wurden. Die demokratische Selbstregierung soll durch immer mehr Bürgerbeteiligung und –verantwortung gestärkt und darüber die realen Machtüberhänge von Kapital und Staat gebändigt werden.
8. *Zivilgesellschaft als instrumentalisierbare Ressource.* In dem Maße wie sich die Handlungsmächtigkeit zivilgesellschaftlicher Strukturen erwies, wurden sie auch den unterschiedlichsten Zwecksetzungen zugeordnet. Vor allem sozialstaatliche Systeme werden in einer Koalition von Wirtschaft und Politik unter Verweis auf die Imperative des globalen Netzwerkkapitalismus demontiert und zunehmend auf die Ebene zivilgesellschaftlicher Ressourcen verschoben.

Es dürfte kaum möglich sein, über Zivilgesellschaft ohne die Ober- und Untertöne dieser immer mitschwingenden pluralen Diskurse zu reden. Diese Vielstimmigkeit mag für den Definitionsfanatiker ärgerlich sein. Ich sehe darin eher eine prismatische Verdichtung all jener Fragen, die der gesellschaftliche Strukturwandel auf die Tagesordnung gesetzt hat:

1. Der *Gemeinwohldiskurs*: Die besorgte Debatte um das Gemeinwohl um Gemeinsinn in einer individualisierten Gesellschaft. Geht uns das „soziale Kapital“ verloren, jener Bereich sozialer Beziehungen und Kontexte, in denen sich Menschen beheimaten und identifizieren können.
2. Der *Demokratiediskurs*: Die Zivilgesellschaft wird entdeckt und als das „Herz“ oder die „Seele“ der demokratischen Gesellschaft betrachtet. Sie besteht aus dem Engagement der BürgerInnen. Sie mischen sich ein und machen sich öffentliche Anliegen zu ihren eigenen.

3. Der *Diskurs sozialer Sicherung*: Wie stellen Gesellschaften die Absicherung vor der Folgen existentieller Risiken und Bedrohungen sicher, ohne dass Menschen zu Objekten „fürsorglicher Belagerung“ gemacht werden oder zu passiven DienstleistungsempfängerInnen?
4. Der *Tätigkeitsdiskurs*: Tätigkeit im Sinne von Erwerbsarbeit ist das zentrale Medium der Identitätsentwicklung der Moderne gewesen. Wenn aber die Erwerbsarbeit nicht für alle Menschen eine Verankerungsmöglichkeit schafft, wie soll dann im positiven Sinne Identität geschaffen werden? Die Idee der Tätigkeitsgesellschaft, zeigt so viele sinnvolle gesellschaftliche Aktivitätsfelder auf, die sich nicht auf Erwerbsarbeit reduzieren lassen.
5. Der *Identitätsdiskurs*: In einer globalisierten Welt verlieren die traditionell vorgegebenen Schnittmuster der Identitätsbildung ihre Tragfähigkeit. Im Zentrum der Anforderungen für eine gelingende Lebensbewältigung stehen jetzt die Fähigkeiten zur Selbstorganisation, zur Verknüpfung von Ansprüchen auf ein gutes und authentisches Leben mit den gegebenen Ressourcen und letztlich die innere Selbstschöpfung von Lebenssinn. Bürgerschaftliches Engagement schafft Möglichkeiten der Erfahrung von Selbstwirksamkeit und Mitgestaltung.

MEINE SICHT VON ZIVILGESELLSCHAFT

Für mich ist Bürgerengagement ein gesellschaftliches Handlungsfeld, das sich gezielt als unabhängig von dem Kreislauf der Geldströme des globalisierten Kapitalismus versteht, das sich den Kriterien der Verbetriebswirtschaftlichung und Monetarisierung entzieht. Ich habe erst spät einen wichtigen Unterschied gelernt, den die deutsche Sprache nicht sehr gut auszudrücken vermag, den Unterschied zwischen dem „bourgeois“ und dem „citoyen“. Es geht also um die Differenz von dem Menschen, der sich am kapitalistischen Wirtschaftsgeschehen mit der Aneignung einer spezifischen Charaktermaske stromlinienförmig beteiligt und den Profit als seine Haupttriebfeder betrachtet und jenem Menschen, der den Anspruch hat, im Sinne der Aufklärung und unter Wahrung elementarer Menschenrechte sich an der Gestaltung der eigenen Lebensverhältnisse zu beteiligen. Diese selbstbewussten BürgerInnen, die sich einmischen, unbequem sein können, die Macht kontrollieren, sich für Bürgerrechte engagieren und den staatlichen Instanzen nicht als Untertan gegenüberstehen, die sich die Wahrung und Weiterentwicklung demokratischer Lebensformen zu ihrem Anliegen gemacht haben, galt es erst zu entdecken. Und ich habe sie entdeckt. Sie repräsentieren einen anderen Diskurs, als jenen, der mit dem Begriff des Ehrenamtes aktiviert wird. Es geht nicht um „Ehre“ und

auch nicht um ein „Amt“, dem man allerdings auch als Citoyen in Deutschland oft nicht entgehen kann.

Der gesellschaftliche Modernisierungsschub, der vor allem seit den 70er Jahren den gesellschaftlichen Grundriss der Bundesrepublik nachhaltig verändert hat, hat in Form neuer sozialer Bewegungen und Initiativen auch eine selbstaktive Gestaltungskraft hervorgebracht. Für viele neue Probleme des Alltags gab es in den traditionellen Strukturen alltäglicher Lebenswelten keinen Lösungsvorrat, auf den man einfach hätte zurückgreifen können. Für eine Reihe von neuen biographischen Konstellationen (wie z.B. die weibliche Doppeloption Familie und Beruf oder Erfahrungen von Vorruhestand) gab es keine institutionell abgesicherten Lösungsmöglichkeiten und in vielen Bereichen war das Vertrauen auf „das Bewährte“ erschüttert und gerade die neuen sozialen Bewegungen verstanden sich als kollektive Zukunftswerkstätten, in denen – im Sinne des „demokratischen Experimentalismus“ – neue Lösungsentwürfe erprobt wurden. In einer Vielzahl konkreter Projekte wurden neue Wege erprobt. Diese Projekte lassen sich verstehen als „soziale Experimentierbaustellen“, als „emanzipatorische Antworten auf Risiken der aktuellen Modernisierungsprozesse“ (Helbrecht-Jordan 1996, S. 107). Für die Gestaltung des gesellschaftlichen Umbruchs und die Entwicklung zukunftsfähiger Lösungen setze ich vor allem auf diesen „demokratischen Experimentalismus“.

ABSCHLIEßENDE THESEN

THESE 1

Traditionellerweise werden Gesellschaften durch den gemeinsamen Überlebenskampf, durch Zwang und Gewalt, den „Feind“, durch gemeinsame Ideologien, durch eine Verfassungsordnung, mit der sich Menschen identifizieren können, durch materielle Interessen oder durch Emotionen zusammengehalten. Was trägt davon heute noch in einer pluralen und komplexen Gesellschaft? Ist es nur noch das Medium Geld, das den „Laden zusammenhält“? Es ist vor allem die Erwerbsarbeit, die wie ein „Zivilreligion“ bei der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger wirkt und vor deren Altar in periodischen Wahlritualen – wie in die diesen Tagen - von allen Parteien Schwüre und Bekenntnisse abgelegt werden. Es gibt gute Gründe, die industriegesellschaftliche Fixierung an die Erwerbsarbeit aufzubrechen, da diese Fixierung zu einer zynischen Ideologie verkommen ist. Sie ist dafür verantwortlich, dass ein immer größerer Anteil der Bevölkerung entwertet wird. Trotzdem halten viele Politiker an der Illusion einer Vollerwerbsgesellschaft

fest. In Wahlkämpfen wird eine solche Illusionsproduktion in Wählerstimmen umgemünzt und sie rächt sich in Gestalt einer wachsenden Politikverdrossenheit. Die erlebte Erosion des Vertrauens in unsere politisch-gesellschaftliche Ordnung ist vor allem die Erosion der Vollerwerbsgesellschaft. Sie hat Jahrzehnte wie in einem Container die gesellschaftliche Integration abgesichert. Es ist aber nicht die Erwerbsarbeit selbst, die – sozialpsychologisch betrachtet – den gesellschaftlichen Zusammenhalt ermöglicht hat, sondern sie war eher ein dominantes Realisierungsmedium für die basalen Prozesse sozialer Verortung: Vertrauen, Zugehörigkeit, Anerkennung und Handlungsfähigkeit. Inwiefern kann eine zivilgesellschaftliche Perspektive hier alternative Impulse setzen?

THESE 2

Die Idee der aktiven Bürgergesellschaft hat zur Zeit nicht gerade einen Spitzenplatz in der Hitparade politisch aktueller Themen, obwohl ihre Umsetzung gerade jetzt von größter Bedeutung wäre. Das war vor einiger Zeit deutlich anders. Der Bundestag hatte in der Legislaturperiode 1998 – 2002 eine Enquete-Kommission zur Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements eingesetzt, die einen gewaltigen Ausstoß von papierenen Empfehlungen produzierte. Auch durch das Internationale Jahr der Freiwilligen 2001 ist dem Thema Freiwilligenengagement sehr viel Aufmerksamkeit geschenkt worden. Die politisch hochgehängten Diskurse zur Zivilgesellschaft sind seltener geworden. In der Regierungserklärung für die Legislaturperiode 2002 – 2006 kam das Thema kaum mehr vor. In den Wahlprogrammen der wichtigsten vier Parteiformationen bekommt das Thema auch keinen besonders prominenten Platz, auch wenn es überall inzwischen in der politischen „Gebetsmühle“ gespeichert ist und auf Abruf bereit liegt. Das ist umso erstaunlicher, als die Politik immer mehr Verantwortung an die Bürger weiterreichen möchte, allerdings meist verkürzt auf die Perspektive, dass die Risikovorsorge vom Staat auf den einzelnen verschoben werden soll. Es ist keine Perspektive der aktiven Beteiligung von Bürgern an der Entwicklung des Gemeinwesens erkennbar, sondern eher eine Stimmung der Demoralisierung, die auf einer fatalen Koalition von Bürgerverdrossenheit der Politik und Politikerverdrossenheit der Bürger beruht.

THESE 3

Die aktuelle Politik lässt immer mehr zukunftsfähige Perspektiven vermissen. Sie ist oft auf ein „muddling through“ reduziert. Sie reduziert sich auf eine Verwaltung des Mangels. Die oft diagnostizierte „Politikverdrossenheit“ der Menschen ist mindestens ebenso eine „Bürgerverdrossenheit“ der Politik. Bürgerinnen und Bürger erleben sich oft als

„Reservearmee“ oder als „Notstromaggregat“, die von der Politik nur dann aktiviert werden, wenn sie in fiskalischen Nöten steckt. Wir brauchen einen Paradigmenwechsel von Politik, der dem Staat die Rolle eines ermöglichenden oder aktivierenden Teils von Politik zuweist und im wesentlichen die „Selbstsorge“ der Bürgerinnen und Bürger im Sinne des Empowermentprinzips ermöglichen soll. Das vermehrte Interesse an der Idee der Zivilgesellschaft hat mit dem wachsenden Bewusstsein zu tun, dass weder ein „fürsorglicher“ noch ein „obrigkeitlicher Staat“ die adäquaten Antworten auf den gesellschaftlichen Strukturwandel sein können. Auch die neoliberalen Konzepte des ultraflexiblen „Unternehmer des eigenen Selbst“, die „Ichlinge“, sind fragwürdige Angebote für eine souveräne Bewältigung der Anforderung im globalisierten Kapitalismus. Es kommt vielmehr auf die Förderung zivilgesellschaftlicher Kompetenzen an. Eine Zivilgesellschaft lebt von dem Vertrauen der Menschen in ihre Fähigkeiten, im wohlverstandenen Eigeninteresse gemeinsam mit anderen die Lebensbedingungen für alle zu verbessern. Zivilgesellschaftliche Kompetenz entsteht dadurch – und hier greife ich eine Formulierung der Ottawa Charta der Weltgesundheitsorganisation auf – ,dass man sich um sich selbst und für andere sorgt, dass man in die Lage versetzt ist, selber Entscheidungen zu fällen und eine Kontrolle über die eigenen Lebensumstände auszuüben sowie dadurch, dass die Gesellschaft, in der man lebt, Bedingungen herstellt, die allen ihren Bürgerinnen und Bürgern dies ermöglichen" (Ottawa Charta 1986). Die Potentiale dafür sind durchaus vorhanden, bedürfen aber einer neuen Wahrnehmung und Förderung. In der Ottawa-Charta ist eine entsprechende Vision formuliert. Dort heißt es: Gesundheitsförderung "zielt auf einen Prozess, allen Menschen ein höheres Maß an Selbstbestimmung über ihre Lebensumstände und Umwelt zu ermöglichen und sie damit zur Stärkung ihrer Gesundheit zu befähigen". Und etwas später: "Gesundheit wird von Menschen in ihrer alltäglichen Umwelt geschaffen und gelebt: dort, wo sie spielen, lernen, arbeiten und lieben. Gesundheit entsteht dadurch, dass man sich um sich selbst und für andere sorgt, dass man in die Lage versetzt ist, selber Entscheidungen zu fällen und eine Kontrolle über die eigenen Lebensumstände auszuüben sowie dadurch, dass die Gesellschaft, in der man lebt, Bedingungen herstellt, die allen ihren Bürgern Gesundheit ermöglichen". In einer solchen Perspektive wird die allseitige und nachhaltige Förderung des bürgerschaftliche Engagement zum zentralen Anliegen von Politik.

THESE 4

Die Bundesrepublik befindet sich in einer Phase des dramatischen gesellschaftlichen Wandels, der mit Schlagworten wie Globalisierung, Pluralisierung und Individualisierung angedeutet ist. Dieser Wandel erfasst nicht nur den ökonomischen und politischen

Bereich, sondern bedeutet – in den Worten von Manuel Castells einen „qualitativen Wandel in der menschlichen Erfahrung.“ Die Konsequenzen einer sich herausbildenden globalen Netzwerkgesellschaft „breiten sich über den gesamten Bereich der menschlichen Aktivität aus, und transformieren die Art, wie wir produzieren, konsumieren, managen, organisieren, leben und sterben“ (Castells). Von diesem Wandel ist auch das bürgerschaftliche Engagement und die es tragende Motivlagen und Werthaltungen betroffen. Ein tief greifender Wertewandel hat die ganze Bevölkerung der Bundesrepublik erfasst. Selbstentfaltungswerte gewinnen und traditionelle Pflichtwerte verlieren an Bedeutung. Diese Entwicklung wird oft als Tendenz zum Egoismus missverstanden. Es ist vielmehr eine Tendenz zu mehr Eigeninitiative, Eigensinn und Selbstsorge, die eine wichtige Quelle bürgerschaftlichen Engagements darstellt. Es gibt in der Bundesrepublik also ein gutes motivationales Potential für bürgerschaftliches Engagement, aber dieses ist durch vorhandene institutionelle Felder nicht einfach abrufbar, sondern es bedarf neuer Gelegenheitsstrukturen. Die motivationale Basis für bürgerschaftliches Engagement hat sich verändert und sie findet in traditionellen Formen der Organisation von ehrenamtlicher Tätigkeit kaum den erforderlichen Resonanzboden. Eine nachhaltige Aktivierung und Förderung bürgerschaftlichen Engagements bedarf neuer Rahmenbedingungen und Unterstützungsformen. Der aktuelle gesellschaftliche Wandel löst das Passungsverhältnis zwischen individuellen Motiven und Bedürfnissen und politisch-gesellschaftlichen Arrangements der Nachkriegsordnung erkennbar auf. Das empirisch nachgewiesene Engagementpotential eignet sich nicht dazu, die Synchronisationslücken im traditionell angelegten staatlichen Handeln kompensatorisch zu füllen. Hier ist ein Paradigmenwechsel von Politik erforderlich, der dem bürgerschaftlichen Engagement eine aktiv-gestaltende Rolle einräumt.

THESE 5

Die verfügbaren Daten rechtfertigen die Aussagen, dass es in der Bundesrepublik ein hohes Aktivitätsniveau von 30 bis 40% freiwilligen sozialen Engagements gibt und dass es ein noch brachliegendes Potential gibt. Rückgängen im Engagement vor allem bei Kirchen, Verbänden, Gewerkschaften und Parteien stehen Zuwächse bei Vereinen, Selbsthilfegruppen, Freiwilligenagenturen, Tauschringe und vor allem im Alltagsbereich gegenüber. Die vorhandenen Potentiale bürgerschaftlichen Engagement werden sich teils in autochthonen selbstaktiven Handlungsfeldern entfalten, sie können aber auch durch die Schaffung neuer „Gelegenheitsstrukturen“ in vielfältiger Form gefördert. So können zeitgerechte reflexive Passungen zwischen Engagementmotiven und entsprechenden Handlungsangeboten entstehen. Gerade diese neuen Ansätze bedürfen eines

öffentlichen Diskurses, in dem an Beispielen „guter Praxis“ neue Passungsmöglichkeiten sichtbar gemacht werden.

THESE 6

Uns seien die "utopischen Energien" ausgegangen, hat Jürgen Habermas in den 80er Jahren diagnostiziert und er hat ja sicher damit recht in bezug auf die großen gesellschaftlichen Visionen von einer besseren Welt. Vielleicht ist ja auch ganz gut, daß die Konjunktur der umfassenden Gesamtentwürfe vorbei ist, denn sie haben zwar immer Glücksverheißungen für die Menschen offeriert, ihnen selbst aber selten die Chance eingeräumt, über Weg und Ziel mitzubestimmen. Als zentralen Prüfstein für alle realen Utopien sehe ich diesen an: Ohne die Anerkennung der aktiven Subjekte, ohne ihre unhintergehbaren Ansprüche auf Selbstbestimmung und Partizipation kann es keine zukunftsfähige Gesellschaft geben. Aber genau diese Ansprüche und Rechte ins Zentrum gesellschaftlicher Umgestaltung zu rücken, ist sehr viel mehr als Realitätsprinzip. Wir sind noch sehr weit davon entfernt. Hier zeichnet sich die Vision einer zukunftsfähigen Zivilgesellschaft ab, in deren Zentrum bürgerschaftliches Engagement steht und die durch bürgerschaftliches Engagement entsteht.

THESE 7

Der neue Freiwilligensurvey spiegelt in eindrucksvoller Weise aktuelle Gesellschaftsdiagnosen. Er zeigt eine nachhaltige Integration kulturell und strukturell gut ausgestatteter Personen, deren Ressourcenkapital vor allem als Bildungskapital begriffen werden kann. Ulrich Beck hat mit seiner polemischen Formulierung von der „Mittelschichtveranstaltung“ einen wichtigen Punkt benannt, der durch die Daten des Freiwilligensurveys durchaus bestätigt wird. Das allgemeine soziokulturelle Klima verschärft eher diese Entwicklung und bedroht letztlich auch das Potential, das auf der positiven Seite der empirischen Bilanz steht. Unter einer zivilgesellschaftlichen Perspektive besteht kein Grund zur Selbstzufriedenheit. Für die Engagementförderung bedeutet das, dass vor allem solche Projekte hohe Priorität erhalten sollten, über die vor allem im Sinne des Empowermentprinzips Personen und Gruppen erreicht werden können, die wenige materielle und soziale Ressourcen haben.

Als Integrationsprüfstein sozialer Integration möchte ich eine polemische Bemerkung von Ulrich Beck nutzen, der in der SZ vom 23./24. Juni 2001 seine Sorge darüber geäußert hatte, dass die inflationäre Rede vom „bürgerschaftlichen Engagement“ „wie eine

Petersiliengarnierung, die die politische Ratlosigkeit dekorativ verschönt,“ wirken könnte. „Zivilgesellschaft light“ ist die Gefahr, die er sieht, nämlich eine sich immer wiederholende „Mittelschichtveranstaltung“. Kann man auf der Basis des neuen Freiwilligensurveys dieser nicht unberechtigten Polemik den empirischen Boden entziehen? Dem „Häuptling fliegende Feder“, so haben SoziologiestudentInnen in München ihren Professor Beck genannt, läßt sich eine international gewichtige Fachautorität zur Seite stellen. Robert D. Putnam hat im Auftrag der Bertelsmann Stiftung eine Gruppe von Fachleuten aus vielen wichtigen Ländern dieser Erde zusammengetrommelt, die jeweils über die Entwicklung des sozialen Kapitals in ihrem Land berichten. In dem Buch „Gesellschaft und Gemeinnutz. Sozialkapital im internationalen Vergleich“ werden die Ergebnisse präsentiert. Von einem generellen Rückgang bürgerschaftlichen Engagements kann in keinem der Länder die Rede sein, aber es zeigt sich eine besorgniserregende Scherenentwicklung: Ist bei ökonomisch, bildungsmäßig und im allgemeinen psychosozialen Lebensgefühl gut situierten Menschen eher eine Zunahme des Engagements zu verzeichnen, bricht es bei den Bevölkerungsgruppen, die arm sind oder verarmen, die mit mehreren Jobs ihren Lebensunterhalt gerade so sichern können und die sich demoralisiert und von der gesellschaftlichen Entwicklung „abgehängt“ sehen, deutlich ein. Wie kann es gelingen, diese Entwicklung aufzuhalten, die ja Spaltungstendenzen in unserer Gesellschaft weiter verschärft? Liegt hier nicht ein Prüfstein für eine kritische Qualitätsbeurteilung aller Fördermaßnahmen sozialen Kapitals?

Ein erster Blick auf die Befunde des Freiwilligensurveys zeigt, dass Deutschland seinen schon 1999 belegten Mittelplatz im europäischen Vergleich stabilisieren und vielleicht sogar noch etwas ausbauen konnte. Die jetzt ins Seniorenalter kommenden 68er erweisen sich in einem höheren Maße als engagementbereit, als ihre Vorläufergeneration. Wahrscheinlich steckt auch in diesem altersspezifischen Zuwachs ein Wirkfaktor, der gar nichts mit dem Alter zu tun hat, sondern das vorhandene Bildungskapital spiegelt. Die Exklusions- und Inklusionserfahrungen hängen offensichtlich in hohem Maße von dem Zugang zu symbolischem Kapital ab. Bildung wird immer mehr zum Integrationsmotor. Wenn wir sehen, dass bei den Arbeitslosen sowohl die Engagementquote als auch das Engagementpotenzial deutlich gestiegen sind, dann dürfte auch hier der Bildungsaspekt bedeutsam sein. Die zur Gruppe der Erwerbslosen statistisch agglomerierte Population bedarf einer genaueren Analyse. Da wächst der Anteil der bildungsmäßig gut ausgestatteten Personen (meist mit Hochschulabschluss), die ihren Weg in den Arbeitsmarkt nicht sofort finden, aber durchaus gute Chancen haben, sich ihren Arbeitsplatz zu sichern.

Die Engagementquote erwerbsloser Menschen lag 2004 bei 27% (1999: 23%). Ihr Engagementpotenzial erhöhte sich seit 1999 von 37 % auf 48 % und ist damit außerordentlich hoch. Arbeitslose erheben mit ihrem Engagement einen deutlichen Anspruch auf gesellschaftliche Beteiligung und wollen damit ihre Interessen vertreten. Arbeitslose suchen durch freiwilliges Engagement soziale Einbindung und Möglichkeiten, ihre Fähigkeiten und Kenntnisse zu erhalten und zu erweitern. Freiwilliges Engagement ist damit in dieser Gruppe auch eine Möglichkeit, die persönliche Motivation und Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten. Arbeitslose verbinden mit ihrem freiwilligen Engagement jedoch nicht nur persönliche Motive, sondern erheben einen ausgeprägten Anspruch auf gesellschaftliche und politische Mitgestaltung. Im Vergleich zu 1999 sind den Arbeitslosen der berufliche Nutzen des Engagements und die Erweiterung ihrer Kenntnisse und Erfahrungen erheblich wichtiger geworden. Sie wünschten sich jedoch auch in gesteigertem Maße „Anerkennung“ sowie die Möglichkeit zur Übernahme eigenständiger Verantwortung. Die Erwartungshaltung von Arbeitslosen an ihre freiwillige Tätigkeit ist somit zwischen 1999 und 2004 deutlich anspruchsvoller geworden. In der Gruppe der Arbeitslosen ist seit 1999 die Bereitschaft zum freiwilligen Engagement um 11 Prozentpunkte angestiegen. Inzwischen ist der Prozentsatz der Arbeitslosen, die weder freiwillig engagiert noch dazu bereit sind, von 40 % auf 25 % gefallen. Eine solche Veränderung ist in keiner der anderen untersuchten Bevölkerungsgruppen zu erkennen. Von ihrem Verhalten und ihrer Einstellung her ist somit die Gruppe der Arbeitslosen zwischen 1999 und 2004 deutlich engagementorientierter geworden. Sicher ist es richtig, daran zu erinnern, dass bei der Gruppe der Arbeitslosen dieser Schub aus einer Situation der ökonomischen, sozialen und psychischen Benachteiligung heraus erfolgt. Dennoch hätte die Reaktion innerhalb dieser Gruppe auf ihre Benachteiligung auch resignierend ausfallen können. Stattdessen zeigt die zunehmende Beteiligung von Arbeitslosen an Gemeinschaftsaktivitäten und am freiwilligen Engagement sowie ihre zunehmende Engagementbereitschaft ihre soziale Eigeninitiative und Verantwortungsbereitschaft.

Zukünftig sollte die soziale Differenzierung innerhalb der Zivilgesellschaft stärker berücksichtigt werden. Zwar sind die meisten engagierten Bürgerinnen und Bürger Vertreter einer von Bildung und Einkommen her gut ausgestatteten Mittelschicht. Zunehmend gibt es jedoch auch freiwillig Engagierte aus materiell schlechter gestellten Gruppen (z.B. Arbeitslose, Migranten), wo Formen der (geringfügigen) materiellen Anerkennung eine besondere und legitime Form der Unterstützung darstellen.

Noch einmal kurz zusammengefasst, zeigt der Freiwilligensurvey folgendes: Hohes Bildungsniveau, hohes Einkommen und gute persönliche wirtschaftliche Lage, hohe Kirchenbindung, ein großer Freundes- und Bekanntenkreis, erhöhte Haushaltsgröße gehen in Einzelanalysen mit erhöhtem freiwilligem Engagement einher. Aber der neue Freiwilligensurvey geht über Einzelanalysen hinaus. Sehr anregend ist er vor allem deshalb, weil er komplexe Modelle konstruiert und durchgerechnet hat, die uns noch differenzierten Aufschluss geben über wichtige Bedingungskonstellationen für Engagementmotivation und –realisierung. Einige Punkte sind perspektivenreich und für die weitere Forschung und auch für die Praxis der Engagementförderung wichtig:

1. Zu strukturellen kommen mit noch größerem Gewicht soziokulturelle Merkmale hinzu.

Die Autoren haben in ihrer Modellkonstruktion die folgende Frage zu beantworten versucht: „Ist es mehr das „Ideelle“ (Werte, Bildung) oder das „Materielle“ (Einkommen, persönliche Wirtschaftslage) bzw. sind es „Strukturmerkmale“ (Haushalts- und Wohnortgröße, Einkommen) oder „Kulturmerkmale“ (Kirchenbindung, Werte, Integration),“ die Engagement begünstigen? Unter den strukturell-schichtbezogenen Variablen ist der Bildungsstatus einer Person 2004 am wichtigsten zur Vorhersage des freiwilligen Engagements geworden. Diese Variable ist allerdings nicht nur eine „harte“ sozialstrukturelle Größe, sondern hat auch eine kulturelle Bedeutung. Die Autoren geben eine ganz einfache und klare Antwort: „Das „Ideelle“ (die Bildung) dominiert jetzt deutlich das „Materielle“ (Einkommen)“. „Das ausgewiesene Erklärungsmodell enthält sowohl strukturelle, großenteils schichtbezogene Faktoren sowie kulturell-sozialintegrative Faktoren. Zu letzteren zählen Wertorientierungen, aber auch die Bindung der Befragten an Kirchen bzw. Religionsgemeinschaften, die Größe des Freundes- und Bekanntenkreises sowie das politische Interesse. Im engeren Sinn strukturelle Variablen sind das Haushaltseinkommen, die Haushaltsgröße, Bildungsstatus, Lebensalter, Region, Staatsangehörigkeit und Erwerbstätigkeit“.

2. Die große Bedeutung von Netzwerken als Integrationsfaktor.

Schon im ersten Freiwilligensurvey wurde auf die enge Beziehung zwischen sozialer Integration und Engagement verwiesen. Sicherlich geht es hier um eine Wechselwirkung, denn es dürfte klar sein, dass Aktivität und freiwilliges Engagement ihrerseits zur sozialen Integration beitragen. Freiwillig Engagierte haben erheblich häufiger einen großen

Freundes- und Bekanntenkreis als Nicht-Engagierte und vor allem Nicht-Aktive. Hier zeichnet sich ein ganz klarer Zusammenhang mit einer zirkulären Dynamik in der „Ak-kumulation sozialen Kapitals“ auf: Ein gutes soziales „embedding“ in soziale Netzwerke ist Bedingung für bürgerschaftliches Engagement und zugleich fördert das Engagement das Ressourcenpotential der Netzwerkbezüge. Hier stoßen wir wieder einmal auf das klassische Mathäusprinzip: „Wer hat dem wird gegeben!“

Hier möchte ich mit einem Punkt anschließen, der aus meiner Sicht die besondere psychologische Bedeutung des Freiwilligenengagements ausmacht:

3. Identitätsrelevanz von freiwilligem Engagement

Was hat Identität mit sozialer Integration zu tun? Sehr viel, denn Identität stellt die „Schnittstelle“ zwischen der inneren und der äußeren Welt dar und im Engagement arbeiten Menschen an der Passung ihrer Vorstellungen von dem, was ihnen wichtig ist, mit dem, was sie in ihrer realen Welt vorfinden. Und diese aktive Passungs- oder Identitätsarbeit wird immer mehr zu einer Grundvoraussetzung der aktiven Lebensbewältigung. In einer individualisierten Gesellschaft, in der die Menschen ihre Biographien immer weniger in den gesicherten Identitätsgehäusen der Berufsarbeit einrichten können, in der die traditionellen Geschlechterrollen ihre Façon verloren haben und in der Lebenssinn zur Eigenleistung der Subjekte wird, sind vermehrt Fähigkeiten zur Selbstorganisation in den sozialen Mikrowelten gefordert. Fertige soziale Schnittmuster für die alltägliche Lebensführung verlieren ihren Gebrauchswert. Sowohl die individuelle Identitätsarbeit als auch die Herstellung von gemeinschaftlich tragfähigen Lebensmodellen unter Menschen, die in ihrer Lebenswelt aufeinander angewiesen sind, erfordert ein eigenständiges Verknüpfen von Fragmenten. Bewährte kulturelle Modelle gibt es dafür immer weniger. Die roten Fäden für die Stimmigkeit unserer inneren Welten zu spinnen, wird ebenso zur Eigenleistung der Subjekte wie die Herstellung lebbarer Alltagswelten. Menschen in der Gegenwart brauchen die dazu erforderlichen Lebenskompetenzen in einem sehr viel höheren Maße als die Generationen vor ihnen. Sie müssen in der Lage sein, ein Berufsleben ohne Zukunftsgarantien zu managen, ihren individuellen Lebenssinn ohne die Vorgabe von Meta-Erzählungen zu entwickeln und eine Komplexität von Weltverhältnissen auszuhalten, die nur noch in Sekten auf ein einfaches Maß reduziert werden kann. Gefordert ist eine Perspektive der „Selbstsorge“ (wie Michel Foucault es genannt hat) oder eine „Politik der Lebensführung“ (so Anthony Giddens).

„Bürgerschaftliches Engagement“ wird aus dieser Quelle der vernünftigen Selbstsorge gespeist. Menschen suchen in diesem Engagement Lebenssinn, Lebensqualität und Lebensfreude und sie handeln aus einem Bewusstsein heraus, dass keine, aber auch wirklich keine externe Autorität das Recht für sich beanspruchen kann, die für das Subjekt stimmigen und befriedigenden Konzepte des richtigen und guten Lebens vorzugeben. Zugleich ist gelingende Selbstsorge von dem Bewusstsein durchdrungen, dass für die Schaffung autonomer Lebensprojekte soziale Anerkennung und Ermutigung gebraucht wird, sie steht also nicht im Widerspruch zu sozialer Empfindsamkeit, sondern sie setzen sich wechselseitig voraus. Und schließlich heißt eine „Politik der Lebensführung“ auch: Ich kann mich nicht darauf verlassen, dass meine Vorstellungen vom guten Leben im Delegationsverfahren zu verwirklichen sind. Ich muss mich einmischen. Eine solche Perspektive der Selbstsorge ist deshalb mit keiner Version „vormundschaftlicher“ Politik und Verwaltung vereinbar. Ins Zentrum rückt mit Notwendigkeit die Idee der „Zivilgesellschaft“. Die Konzepte Zivilgesellschaft und Identitätsarbeit verweisen aufeinander. Sie stellen auf der makro- und mikrosozialen Ebene die Frage danach, wie Menschen heute ihr Leben organisieren und ihre Identität finden sollen und welche gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sie dafür benötigen. Bürgerschaftliches Engagement vollzieht sich im Schnittbereich dieser beiden Fragen.

4. Inklusion – Exklusion

„Freiwilliges Engagement kann mit wachsender Berechtigung selbst als Indikator für gelingende soziale Integration gelten“, heißt es im Freiwilligensurvey. „Ausgrenzung“ und „Teilhabe“ sind in der Debatte um soziale Ungleichheit zu Schlüsselbegriffen geworden. Dabei geht es um veränderte Formen sozialer Ungleichheit und um eine Zunahme von Risikogruppen. Soziale Ausgrenzung, das heißt Deklassierung und Isolation. Hat sich die Ungleichheitsforschung bisher wesentlich der Verteilung von materiellen Ressourcen gewidmet, so verweist der Ausgrenzungsdiskurs auf mehr als die Sicherung des Lebensstandards. Er bezieht sich umfassender auf eingeschränkte Teilhabechancen mit Blick auf soziale Rechte und etablierte Gerechtigkeitsnormen. Die Folgen von Arbeitslosigkeit und Armut für den gesellschaftlichen Zusammenhalt werden in den Mittelpunkt gerückt. Theoretische Debatten um soziale Ungleichheit kreisen somit nicht mehr nur um Verteilungsfragen, sondern widmen sich Aspekten der Zugehörigkeit und Integration (vgl. Böhnke 2005).

Weitere Auswertungen haben ergeben, dass nicht alle Bevölkerungsschichten gleichermaßen vom Risiko sozialer Ausgrenzung betroffen sind. Langzeitarbeitslosigkeit und Armut, insbesondere wenn sie von Dauer ist, gehen mit einer deutlichen Verschlechterung von Teilhabemöglichkeiten einher. Reichtum, Wohlstand und eine gesicherte berufliche Stellung führen zu einer überdurchschnittlichen Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Integration. Neben einem fehlenden Berufsabschluss und niedrigem Bildungsniveau sind auch unsichere Beschäftigung, Krankheit und hohes Alter Faktoren, die Erfahrungen von Marginalisierung mit sich bringen und verstärken. Die Einschätzung, außen vor zu sein, beruht auf Lebenssituationen, die neben starker materieller Benachteiligung Identitätsverlust und mangelnde Wertschätzung mit sich bringen. Nicht zu vergessen sind hier auch die Angehörigen derjenigen gesellschaftlichen Gruppen, die man früher „Reservearmee“ genannt hat: Zunehmend wieder die Frauen und noch mehr die MigrantInnen. „Reserve hat Ruh“ könnte man sagen und das bedeutet Ausschluss aus dem „Kern“ unserer Gesellschaft.

In der schönen neuen Welt des flexibel und global agierenden Netzwerkkapitalismus ordnet sich die Welt nach ganz eigenen Kategorien der Zugehörigkeit und der Anerkennung des BürgerInnenstatus. Zygmunt Bauman (1992) hat es sehr eindrücklich beschrieben: "Die postmoderne Welt des fröhlichen Durcheinander wird an den Grenzen sorgfältig von Söldnertruppen bewacht, die nicht weniger grausam sind als die, die von den Verwaltern der jetzt aufgegebenen Globalordnung angeheuert waren. Lächelnde Banken strahlen nur ihre jetzigen und zukünftigen Kunden an (...) Höfliche Toleranz gilt nur für diejenigen, die hereingelassen werden" (S. 317). In seinem allerneuesten Buch mit dem viel sagenden Titel „Verworfenes Leben. Die Ausgegrenzten der Moderne“ (2005) zeigt Bauman, dass die modernen kapitalistischen Gesellschaften ständig menschlichen Abfall produziert, Menschen die niemand braucht und die übersehen werden, obwohl die Gruppen immer größer werden: Ortlose Migranten, Flüchtlinge und für „überflüssig“ gehaltene Menschen. Sie leben unter uns, aber gehören nicht dazu. Dazu eine abschließende These: Es geht darum, Ungleichheit mehrdimensional zu begreifen und nicht allein auf Armut zu reduzieren. Es geht um die zivilgesellschaftliche Vorstellung von sozialer Zugehörigkeit, Anerkennung und sozialen Rechten. Der Ungleichheitsdiskurs fokussiert deshalb auf Dimensionen wie „Ausgrenzung“ und „Teilhabe“ („Exklusion“ und „Inklusion“). Wir sind mit der Tatsache konfrontiert, dass sich ein wachsender Teil der Bevölkerung als ausgeschlossen erlebt, „verworfenes Leben“ nennt das Zygmunt Bauman.

5. Die Relevanz des gesellschaftlichen Klimas für das bürgerschaftliche Engagement

Wenn ich meinen Blick auf die empirischen Verhältnisse des bürgerschaftlichen Engagements zu einem Resümee verdichten soll, dann könnte man sagen, dass sich die Freiwilligenkultur in Deutschland durchaus positiv entwickelt. Aus einer ehrwürdigen Ehrenamtstradition hat sich eine moderne Auffassung von bürgerschaftlichem Engagement entwickelt und es gibt vielfältige Anregungs- und Förderungsansätze, die die Entwicklung in diese Richtung weiter vorantreiben werden. Hier zeigt sich ein durchaus beeindruckendes zivilgesellschaftliches Potential der deutschen Bevölkerung. Im internationalen Vergleich holt Deutschland eindeutig auf. Und was für das Freiwilligenengagement gilt, spiegelt sich auch in den Daten zum politischen Engagement in Europa (vgl. Neller & van Deth 2006). Auch hier liegen die skandinavischen Länder und die Niederlande klar an der Spitze, Deutschland liegt im Mittelfeld und Südeuropa rangiert am Ende der Skala.

Trotzdem bleiben Probleme, die sich eher verstärken. Engagement lebt von der Hoffnung etwas bewegen und Einfluss nehmen zu können. Dieser kollektive Handlungsoptimismus scheint sich in Deutschland zu verbrauchen. Die seit 2002 jährlich durchgeführte Studie „Deutsche Zustände“ von Wilhelm Heitmeyer (2005) vom Bielefelder Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung zeigt, dass in der deutschen Bevölkerung das Gefühl, dass es keine sicherheitsverbürgende Ordnung mehr gibt und man nicht wirklich weiß, was eigentlich los ist, zunimmt. Von 2002 bis 2005 sind die Werte von 53 auf 64% gestiegen. Und noch höher liegt das Niveau für das Gefühl, politisch keinen Einfluss nehmen zu können. Es hat sich von 57 auf 66% erhöht. Das Ausmaß von Gefühlen der Orientierungslosigkeit und Handlungsunsicherheit hat also in den vergangenen drei Jahren stark zugenommen. Dabei ist es nicht länger nur die Angst vor Arbeitslosigkeit, die anomische Einstellungen auslösen, sondern zunehmend auch die Angst vor einem sozialen Abstieg. Zugleich nimmt mit der subjektiven Wahrnehmung von Handlungsunsicherheit und Orientierungslosigkeit vor allem die Feindseligkeit gegenüber Gruppen „von Außen“, den Fremden, zu und bereitet damit den Nährboden für (rechts-)populistisches Potential. Das Festhalten an alten Orientierungs- und Handlungsmustern bietet vor dem Hintergrund der Ungerichtetheit gesellschaftlicher Prozesse, der weitgehenden Unbeeinflussbarkeit ökonomischer Entwicklungen und den Kontrollverlusten in der Politik allerdings keinen Ausweg. Daher sind gesellschaftliche Entscheidungsträger mehr als zuvor gefordert, Wege aufzuzeigen, die eine Lösung von alten Sicherheiten ermöglichen und gleichzeitig eine Bereitstellung von Orientierungshil-

fen und Verlässlichkeiten im Umgang mit gesellschaftlichen Krisen gewährleisten, ohne das dies auf Kosten schwacher Gruppen geht.

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Der neue Freiwilligensurvey spiegelt in eindrucksvoller Weise aktuelle Gesellschaftsdiagnosen. Er zeigt eine nachhaltige Integration kulturell und strukturell gut ausgestatteter Personen, deren Ressourcenkapital vor allem als Bildungskapital begriffen werden kann. Ulrich Beck hat mit seiner polemischen Formulierung von der „Mittelschichtveranstaltung“ einen wichtigen Punkt benannt, der durch die Daten des Freiwilligensurveys durchaus bestätigt wird. Das allgemeine soziokulturelle Klima verschärft eher diese Entwicklung und bedroht letztlich auch das Potential, das auf der positiven Seite der empirischen Bilanz steht. Unter einer zivilgesellschaftlichen Perspektive besteht kein Grund zur Selbstzufriedenheit. Für die Engagementförderung bedeutet das, dass vor allem solche Projekte hohe Priorität erhalten sollten, über die vor allem im Sinne des Empowermentprinzips Personen und Gruppen erreicht werden können, die wenige materielle und soziale Ressourcen haben.

LITERATUR

- Adloff, F. (2005). Zivilgesellschaft. Theorie und politische Praxis. Frankfurt: Campus.
- Bauerkömper, A. (2003). Die Praxis der Zivilgesellschaft. Akteure, Handeln und Strukturen im internationalen Vergleich. Frankfurt: Campus.
- Enquete-Kommission (2002). Abschlussbericht der Enquete-Kommission Zukunft des Bürgergesellschaftlichen Engagements. Auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Wiesbaden: VS Verlag.
- Evers, T. (1999). Bürgergesellschaft: Ein Markt der Möglichkeiten. Ideengeschichtliche Irritationen eines Sympathiebegriffs. Frankfurter Rundschau, Nr. 107, 10. Mai 1999.
- Freiwilligen-Survey 2004. Gensicke, T., Picot, S. & Geiss, S. (2006). Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004. Wiesbaden: VS Verlag.
- Godel, B. (2002). Auf dem Weg zur Zivilgesellschaft. Frankfurt: Campus.
- Heidbrink, L. & Hirsch, A. (2006). Verantwortung in der Zivilgesellschaft. Zur Konjunktur eines widersprüchlichen Prinzips. Frankfurt: Campus.
- Klein, A. (2001). Der Diskurs der Zivilgesellschaft. Wiesbaden: Leske + Budrich.
- Klein A., Kern K., Geißel B., Berger M. (Hrsg.) (2004). Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Wiesbaden.
- Kuhn, B. (2005). Entwicklungspolitik zwischen Markt und Staat. Möglichkeiten und Grenzen zivilgesellschaftlicher Organisationen, Frankfurt a.M.: Campus.

Rosenzweig B., Eith, U. (Hrsg.) (2004). Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. Ein Gesellschaftsmodell der Zukunft?, Schwalbach/Ts.
Vogt. L. (2005). Das Kapital der Bürger. Theorie und Praxis zivilgesellschaftlichen Engagements. Frankfurt: Campus.